

FzA am 05.03.2026

Vorlage: Antrag der SPD

***Stellungnahme im FzA am 05.03.26 zum Antrag der SPD, TOP 1:
Bericht der Landesregierung zur Zukunft des Katastrophenschutzlagers, der-
Justizvollzugsschule und der Geflüchtetenunterkunft in Boostedt sowie daraus
resultierende Handlungsbedarfe und Kosten***

Sprechzettel

Anlass

Berichterstattungen am 24.02.2026 zur Liegenschaftsübernahme der LUK Boostedt durch den Bund; darin die Frage: Wie gehts weiter mit der LUK, der Justizvollzugsschule und dem Katastrophenschutzlager

Mündlicher Vortrag zum Inhalt

Allgemein/Paketlösung

Aufgrund der verbindlich bekundeten Bundeswehrbedarfe und die damit einhergehende Liegenschaftsrückgabe zum 30.11.2028 für die vom Land SH genutzten Flächen für die Unterbringung Geflüchteter wird die nicht mehr realisierbare, sogenannte Paketlösung (KAT-Schutz, Justizvollzugsschule und Asyl am Standort Boostedt) aufgelöst.

Landeseigene Grundstücke für eine Verlagerung der Landesunterkunft für Geflüchtete oder sogar aller 3 Landesinstitutionen stehen in der Gemeinde Boostedt nicht zur Verfügung.

Justizvollzugsschule

Der Bund hat den Verbleib der Justizvollzugsschule **jüngst** (im Februar d.J.) bis Ende Juni 2030 verbindlich in Aussicht gestellt.

Aktuell wird in der GMSH im Rahmen einer Bedarfsplanung für das Justizministerium Varianten zur Bedarfsdeckung an anderer Stelle in Schleswig-Holstein ab dem Jahr 2030 geprüft.

Eine mögliche Bedarfsdeckung am aktuellen Standort - auf dem Areal einer ehem. - kann aktuell nicht bestätigt werden und wäre erst im Rahmen der Variantenbetrachtung durch die GMSH zu bewerten.

Innenministerium

Auch dem Innenministerium wurde die Nutzungsverlängerung für die Hallenflächen des Bevölkerungsschutzes in einer Videokonferenz **im Februar diesen Jahres verbindlich bis Ende Juni 2030 zugesagt**. Die GMSH wird unter Berücksichtigung der Restnutzungsdauer die Bedarfe des Innenministeriums einer Variantenbetrachtung unterziehen und nach einem geeigneten Standort ab 2030 suchen.

Justiz- und Innenministerium

Lt. Bund ist eine Nutzungsverlängerung über das Jahr 2030 hinaus für beide Nutzer vorerst ausgeschlossen.

Sozialministerium

Die Kompensation der Unterbringungskapazitäten, die in Boostedt ab Ende 2028 wegfallen, wird das Sozialministerium in einem weiteren Standortkonzept, welches im Sommer 2026 den Ausschüssen vorgestellt werden soll, abbilden.

Es besteht ein enger und regelmäßiger Austausch zwischen dem Bund und dem Land SH. Auch mit Blick auf den weiteren Bundeswehrstandort in Seeth sollen die Gespräche zwischen dem Bund, der BimA und dem Land SH sowie der Gemeinde intensiviert werden.